

Antrag 156/I/2026**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (Konsens)****Ehrenamt ist die Stütze unserer Gesellschaft – Strukturierte Anerkennung für alle Freiwilligen!**

1 Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür
 2 ein, die Rahmenbedingungen für **alle Formen des bürger-**
 3 **schaftlichen Engagements** massiv zu verbessern. Ehren-
 4 amtliche Tätigkeit – ob im Katastrophenschutz, im sozia-
 5 len Bereich, im Sport, in der Kultur oder in der politischen
 6 Bildungs- und Demokratiewerkarbeit – ist eine unverzichtbare
 7 Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

8

Wir fordern insbesondere:

- 10 **1. Rentenrechtliche Anerkennung von Engage-**
 11 **ment:** Die Einführung von zusätzlichen Entgelt-
 12 punkten in der gesetzlichen Rentenversicherung
 13 für langjähriges, nachgewiesenes ehrenamtliches
 14 Engagement. Analog zu Kindererziehungs- oder
 15 Pflegezeiten soll der Staat die entsprechenden Bei-
 16 träge zur Rentenversicherung für die Engagierten
 17 übernehmen, um eine höhere Rentenanwartschaft
 18 im Alter sicherzustellen.
- 19 **2. Dynamisierung der Steuerfreibeträge und Schutz**
 20 **von Sozialleistungen sowie Renten:** Die Ehrenamts-
 21 und Übungsleiterpauschalen müssen regelmäßig
 22 und automatisch an die Inflationsrate angepasst
 23 werden. Gleichzeitig fordern wir, dass bei jeder An-
 24 hebung dieser Freibeträge zwingend eine wirkungs-
 25 gleiche Anpassung der Anrechnungsregeln im SGB
 26 II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), SGB XII
 27 (Grundsicherung im Alter) sowie im SGB VI (Er-
 28 werbsminderungsrente) erfolgt. Es muss sicherge-
 29 stellt werden, dass ehrenamtliches Engagement für
 30 Empfänger:innen dieser Leistungen nicht zu einer
 31 Kürzung ihrer Bezüge führt.
- 32 **3. Bildungszeit und Freistellung:** Der Rechtsanspruch
 33 auf Bildungszeit für ehrenamtliche Fortbildungen
 34 muss gestärkt und auf alle Bundesländer ausgewei-
 35 tet werden. Für gesellschaftlich besonders relevante
 36 Einsätze sind Entschädigungsmodelle für Arbeitge-
 37 ber zu schaffen, um Freistellungen zu erleichtern.
- 38 **4. Infrastruktur für das Ehrenamt:** Die Förderung von
 39 „Ehrenamtskarten“ mit echten Mehrwerten (z. B.
 40 bundesweit vergünstigter ÖPNV, Zugang zu Kultur-
 41 und Bildungseinrichtungen) muss verstetigt und
 42 ausgebaut werden.

43

44

Begründung

46 Der schwere **Stromausfall in Süd-Berlin Anfang 2026** hat
 47 eindrucksvoll bewiesen: Wenn die staatliche Grundver-
 48 sorgung ins Wanken gerät, ist es das Ehrenamt, das die

49 Sicherheit und den Zusammenhalt garantiert. Hunderte
50 Freiwillige leisteten über Tage hinweg Unverzichtbares für
51 die Bürgerinnen und Bürger. Dieses Ereignis nehmen wir
52 zum Anlass, die generelle Debatte über die Wertschät-
53 zung des Ehrenamts auf die Tagesordnung zu setzen.

54

55 Das Prinzip ist universell: Wer im THW Aggregate
56 schleppt, wer im Sportverein die Jugend trainiert, wer
57 sich in der Obdachlosenhilfe engagiert oder aktiv unsere
58 Demokratie gegen Extremismus verteidigt, erbringt eine
59 Leistung, von der wir alle profitieren.

60

61 **Rentenrechtliche Anerkennung als Bonus:** Ehrenamtliche
62 Arbeit ist wertschöpfend für die gesamte Gesellschaft.
63 Daher ist es nur folgerichtig, dieses Engagement im Ren-
64 tensystem abzubilden. Dabei darf es keine Rolle spielen,
65 ob die Person vollzeitbeschäftigt, arbeitssuchend oder in
66 Rente ist. Wer sich über Jahre hinweg für das Gemein-
67 wohl einsetzt, erbringt eine Leistung, die zusätzlich zur
68 Erwerbsarbeit honoriert werden muss. Die Gutschrift von
69 Entgeltpunkten ist hier das gerechteste Mittel, um die
70 „gesellschaftliche Dividende“ direkt an die Engagierten
71 zurückzugeben.

72

73 **Teilhabe für alle (SGB II, VI, XII):** Ehrenamt darf kein Luxus
74 sein. Besonders für Beziehende von Grundsicherung
75 für Arbeitssuchende (Bürgergeld), Grundsicherung im Al-
76 ter oder Erwerbsminderungsrenten ist die ehrenamtliche
77 Tätigkeit oft ein wichtiger Anker für gesellschaftliche Teil-
78 habe. Dass Aufwandsentschädigungen hier oft kompli-
79 ziert verrechnet werden, ist ein politisches Versäumnis,
80 das wir beheben müssen. Anerkennung muss bei den
81 Menschen ankommen – eins zu eins.

82

83 Die Ereignisse in Berlin waren ein Weckruf. Als SPD ist es
84 unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die den
85 „Laden zusammenhalten“, auch im Alter und bei Krank-
86 heit sozial abgesichert sind.